

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	9. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	03./04.03.2015, 09:00 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Auszug aus dem Protokoll

(...)

Anträge Nrn. 56 und 57 (S. 167): Badisches Staatstheater (GfK, GRÜNE) **Antrag Nr. 66 (S. 168): Betriebswirtschaftliches Konzept des Badischen Staatstheaters zur spürbaren mittelfristigen Verminderung des Zuschusszuwachses (KULT)**

Stadträtin Dr. Leidig (GRÜNE): Ich möchte mit zwei generellen Aussagen beginnen bezüglich das Badischen Staatstheaters.

Das Badische Staatstheater leistet eine sehr gute Arbeit, in künstlerischer Hinsicht wie auch im Hinblick auf die Gewinnung von Zuschauerzahlen. Das Badische Staatstheater erhält Zuwendungen in Höhe von 2 % des städtischen Haushalts, Tendenz steigend. Während uns das eine mit Freude erfüllt, erfüllt uns das andere mit Sorgen. Zumal die Verwaltung uns diese steigende Tendenz einfach nur stumm im Haushaltsentwurf präsentiert, ohne Vorstellung im Verwaltungsrat Staatstheater oder gar dem Kulturausschuss und erst auf Nachfrage überhaupt Informationen zu den Steigerungen offenlegt.

Dem begegnet der Gemeinderat mit insgesamt drei Anträgen, die sich auf ganz unterschiedliche Weise mit dieser steigenden Tendenz der Betriebskosten auseinandersetzen. In allen drei Fällen ist die Auseinandersetzung der Versuch, diese steigenden Betriebskosten in den Griff zu bekommen, so dass sie nicht in Zukunft ein untragbares Volumen erreichen.

Als Antwort auf diese Auseinandersetzung der Gemeinderatsmitglieder erhalten wir die Argumente: Staatsvertrag, künstlerische Freiheit. Ich muss sagen, da fühlen wir uns zumindest in unserem Bemühen um einen langfristig ausgeglichenen Haushalt nicht ernst genommen.

Zu den einzelnen Anträgen: Der Antrag von Gemeinsam für Karlsruhe auf eine pauschale Streichung von 1 Mio. Euro ist nicht leistbar. Allein wegen der erhöhten Aufwendungen für Versorgung und Beihilfen. Das sehen wir durchaus auch. Unser Antrag geht in eine andere Richtung, nämlich eine Konzentration des Staatstheaters auf originäre Aufgabe. Wenn das Staatstheater neue eigene Angebotsformate wie Jazzkonzerte einführt, für die es bereits ein gutes Angebot in Karlsruhe gibt, dann sollten wir uns fragen, ob wir das kulturpolitisch und auch betriebswirtschaftlich unterstützen wollen.

Denn im Badischen Staatstheater werden z.B. für diese Jazzkonzerte – es gibt auch noch andere Formate – Eintrittspreis verlangt, die in etwa die Hälfte von dem betragen, was andere, weniger subventionierte Kultureinrichtungen verlangen müssen, um nicht in ein finanzielles Ungleichgewicht zu geraten. In kulturpolitischen Kreisen kursiert hierfür auch der Begriff des „Kulturkannibalismus“, dass also kleinere Einrichtungen letzten Endes davon aufgeessen werden, dass größere ihre Aufgaben übernehmen.

Die Verwaltung führt nun die künstlerische Freiheit an, anstatt sich der Auseinandersetzung mit der Frage zu stellen, welche Aufgaben von welcher Institution und vor allen Dingen zu welchem Preis geleistet werden sollen. Wenn wir diesem Argument folgen würden, so müssten wir jeder Kultureinrichtung die Summe zahlen, die diese für ihre künstlerische Freiheit beansprucht. Das – da sind wir uns alle einig – ist kein machbarer Weg.

Wir halten daher eine Aufgabenkritik für berechtigt und nicht für eine Frage der künstlerischen Freiheit und beantragen eine Kürzung der Betriebskostenzuschüsse.

Der Antrag der KULT greift auf, was uns im Rahmen der letzten Doppelhaushalte zugesagt, aber leider nicht eingehalten wurde, nämlich dass wir, wenn es um den Landeshaushalt geht, letzten Endes auch mitreden können und nicht nur das, was das Land sich ausdenkt, abwinken dürfen. Es sollte verbindlich sein mit einem betriebswirtschaftlichen Konzept, mit Zielen und Vorgaben, dass das Zuschusswachstum in Grenzen gehalten wird. Wir sehen auch, dass hier Verwaltungsrat und Strukturkommission einzubinden sind und dass somit vielleicht zumindest mittelfristig eine Besserung erreicht werden kann. Umbau und Neubau des Staatstheaters setzen auf langfristige Verbesserungen.

Ich möchte noch einmal ganz ausdrücklich die Position unserer Fraktion hier betonen. Der Umbau muss zu einer Reduktion der Betriebskosten führen. Nur dann werden wir dem Umbau in den jeweiligen Haushaltsentwürfen tatsächlich auch zustimmen. Denn letzten Endes geht es wirklich darum, auf lange Frist den Zuschuss so zu halten, dass wir damit leben können, aber natürlich auch das Badische Staatstheater.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Wir haben ein strukturelles Defizit in dieser Stadt. Ein strukturelles Defizit müssen wir strukturell angreifen. Das heißt auch, dass wir keine Einrichtung in dieser Stadt – keine Gesellschaft, keine Verwaltungsabteilung, aber auch keinen Empfänger freiwilliger Leistungen – einfach so ausnehmen können. Das ist natürlich bei dem größten Empfänger von freiwilligen Leistungen besonders wichtig, denn da ist die absolute Summe einfach wahnsinnig wichtig. Das ist das Eine.

Das Andere ist aber ein echter Vorteil für das Staatstheater, wenn sie zukünftig genauer wissen, was Kosten verursacht. Warum ist das ein Vorteil? Sie könnten auch sagen, wir bekommen beliebig viel Geld, es spielt keine Rolle. Der Vorteil ist der, dass es nicht zu der Situation kommt wie in anderen Städten, wo Sparten geschlossen werden, sondern dass bei uns frühzeitig gegengesteuert wird. Dank der jetzt vorhandenen Controllingstelle im Staatstheater ist es auch möglich zu steuern. Vorher war steuern gar nicht möglich.

Das ist unser Antrag. Wir sind auch mit der Antwort der Verwaltung einverstanden.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Zuerst möchte ich meine Wertschätzung dem Staatstheater gegenüber ausdrücken. Ich bin öfters dort eingeladen zum Austausch. Wir kennen uns mittlerweile ganz gut. Ich sehe ein großes Engagement, eine große Hingabe für diese Aufgabe. Es sollte aber trotzdem möglich sein, dass man positiv kritisch damit umgeht.

Mir ist die Antwort der Verwaltung durchaus nicht eingängig. Ich habe eine massive Kürzung von 1 Mio. Euro beantragt bei einer Steigerungsrate von 2014 auf 2015 um 1 ½ Mio. Euro. Wenn man dann die Tarifierhöhung einrechnet, das ist ca. ½ Mio. Euro, dann bleibt noch 1 Mio. Euro übrig. Dann war meine Frage: Wo bleibt diese Million? Dann kommt von der Verwaltung die Antwort: Es gab eine Nachforderung an Pensionsrückstellungen. Die ist 2013 geschehen. Wir sind jetzt bei 2014/15. Inwiefern ist das relevant? Es gibt zukünftig eine Steigerung, aber gewiss nicht in der Höhe von 1 Mio. Euro.

Daraufhin wollte ich Zahlen haben. Es ist mir bis heute nicht gelungen, dass ich belastungsfähige Zahlen bekommen habe, bei denen ich genau sehen kann: Hier liegt die Steigerung von 1 Mio. Euro oder von 1 ½ Mio. Euro für das Jahr 2015. Ich bin nicht zufrieden. Insofern bestehe ich auf diesen 1 Mio. Euro. Es ist nicht wirklich nachweisbar vollziehbar für mich.

Des Weiteren sind in den vergangenen Jahren immer wieder Dinge passiert, wo wir nur reagiert haben als Gemeinderat. Wir haben nur reagiert, als damals das junge Staatstheater gekommen ist. Ich habe überhaupt nichts dagegen. Es ist eine vorragende Sache. Aber es wurde uns vorgelegt und dann hat es geheißen, deswegen wird es teurer. Es wurde uns damals die Nancyhalle vorgelegt. Das war ein geschickter Schachzug. Aber wir haben als Gemeinderat nur reagiert. Wir waren nie aktiv dabei. Jetzt bei diesem Festival Premières sind es auch wieder 150.000 Euro pro Jahr. Darüber wurde nicht diskutiert, sondern wir sollen nachher nur die Erhöhung akzeptieren.

Ich bin mit dieser Vorgehensweise, wie wir zu diesen Erhöhungen kommen, überhaupt nicht einverstanden. Deswegen kann ich auch nicht zustimmen.

Ich habe auch beobachtet, dass das Staatstheater sich viel Mühe gibt. Sie haben die Schlagzahl an Veranstaltungen unglaublich erhöht, aber gleichzeitig ist die durchschnittliche Besucherzahl gesunken. Es gibt immer ein Optimum. Es gibt immer die mögliche Variante: Ich mache mehr Veranstaltungen und dadurch erreiche ich mehr Leute. Aber wenn ich noch mehr Veranstaltungen mache, dann erreiche ich pro Veranstaltung immer weniger Leute. Das Staatstheater ist schon weit über dieses Optimum hinausgegangen. Ich bin nicht überzeugt, dass dort momentan eine gute Strategie gefahren wird. Es wird viel gemacht, es wird engagiert gearbeitet, aber das, was von der KULT-Fraktion auch gefordert wird - klare strukturelle Vorgaben, Durchsichtigkeit, Transparenz – fordere ich ein, plus 1 Mio. Euro Einsparung.

Stadtrat Dr. Käuflein (CDU): Mit diesen drei Anträgen treten wir in einen neuen Teilhaushalt, nämlich den der Kultur, ein. Erlauben Sie mir, dass ich einige grundsätzliche Bemerkungen voranstelle, damit ich die nicht bei jedem Antrag wiederholen muss.

Wir haben es gehört, der Haushaltsentwurf ist dadurch gekennzeichnet, dass er ohne jeden Antrag aus der Mitte des Gemeinderates und ohne die fragliche Gewerbesteuererhöhung, die Pro-Kopf-Verschuldung verdreifachen wird. Das ist der Hintergrund, vor dem wir sagen, wir möchten auch im Kulturbereich lediglich Bestehendes erhalten. Wir möchten nichts Neues aufmachen, nicht ausweiten. Es sei denn – damit nähere ich mich dem Staatstheater -, wir müssen einen Ausgleich für gestiegene Kosten leisten. Es ist von der Verwaltung plausibel dargelegt, dass die Erhöhung vor allem durch gestiegene Personalkosten verursacht ist. Im Einzelnen – Sie haben es alle gelesen – geht es um Besoldungs- und Tarifsteigerungen. Es geht um einen erhöhten Versorgungs- und Beihilfeaufwand. Es ist keine Erhöhung, sondern lediglich eine Anpassung.

Viel grundsätzlicher aber möchte ich sagen, dass wir hier vom Gemeinderat aus nicht auf das Inhaltliche beim Staatstheater Einfluss nehmen sollten. Sonst – ich darf es einmal etwas locker sagen – bestelle ich mir über das Geld, das wir hier genehmigen oder nicht genehmigen, mehr Opern von Mozart, Verdi und Puccini. Das kann nicht der Weg sein. Wenn es Kritik geben sollte an der Ausrichtung des Staatstheaters, dann ist der Ort, an dem das zu diskutieren ist, der Verwaltungsrat. Der Verwaltungsrat, und darauf lege ich immer sehr viel Wert – wer mich kennt, der weiß das -, ist das Gremium, das den Spielplan genehmigt. Wenn es Kritik an der Ausrichtung gibt, dann ist das der Ort. Darüber können wir reden. Aber nicht hier im Gemeinderat. Das halte ich für falsch, im Gemeinderat über das Geld, das wir freigeben oder nicht, Einfluss auf den Spielplan zu nehmen.

Ich muss auch darauf hinweisen, dass die Kürzung, würden wir sie beschließen, sich aufgrund des Staatsvertrags verdoppeln würden, da die nicht durch Einnahmen gedeckten Ausgaben hälftig von Stadt und Land zu tragen sind, so sieht es der Staatsvertrag vor.

Zum Kollegen Kalmbach muss ich sagen: Wir hatten vor ein paar Jahren schon einmal eine Diskussion in diesem Haus über eine Kürzung in Höhe von 5 %. Damals hat uns das Staatstheater glaubhaft nachgewiesen, da der Spielraum des Theaters klein ist, weil einfach sehr viele Gelder durch Verträge festgelegt sind, dass eine Kürzung um nur 5 % im Resultat zur Schließung einer Sparte führen würde. Das, Herr Oberbürgermeister, können wir nicht wollen. Insofern lehnt die CDU-Fraktion beide Kürzungsanträge ab.

Zum Antrag Nr. 66: Erstellung eines betriebswirtschaftlichen Konzeptes für das Staatstheater. Er geht in die richtige Richtung, so will ich es einmal formulieren. Er scheint uns aber durch die Umstellung des Badischen Staatstheaters zum 1. September, was die Betriebsform angeht – Sie wissen, es ist ein Landesbetrieb geworden – erledigt. Diese neue Betriebsform bringt doch gerade ein betriebswirtschaftliches Controlling, also eine betriebswirtschaftliche Steuerung des Hauses mit sich.

Genauso richtig, aber auch leider genauso erledigt, ist der zweite Gedanke des Antrags Nr. 66, nämlich dass bei der Sanierung und bei der Erweiterung betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte berücksichtigt werden. Wer in der Jury saß, weiß, dass bereits dort bei der Auswahl der Siegerentwürfe das eine ganz tragende Rolle gespielt hat. Also inso-

fern glauben wir, dass dieser Antrag erledigt ist. Sollten die Antragsteller auf Abstimmung bestehen, müssen wir leider ablehnen.

Stadträtin Ernemann (SPD): Ich habe es befürchtet, Kollege Dr. Käuflein hat alles schon gesagt. Vielleicht habe ich es auch gehofft. Das erspart nämlich einen ausführlichen Redebeitrag.

Meine Fraktion lehnt die Anträge der GfK und GRÜNE-Fraktion auch ab. Kollege Dr. Käuflein hat es schon gesagt. Vorausschicken muss ich auch von uns eine große Anerkennung für die Arbeit, die dort geleistet wird. Wer die Leute kennt, die an der Spitze des Badischen Staatstheaters, sei es als Intendant oder Verwaltung, stehen, weiß, die leben für dieses Theater. Das spürt man als Besucher, das spüren auch die Bürger dieser Stadt. Dass eine Kritik am Staatstheater kommt, war mir klar. Denn eine Institution, die so viel Geld bekommt, steht immer im Fokus. Aber diese Institution des Badischen Staatstheaters leistet eine hervorragende Arbeit. Ich finde zum jetzigen Zeitpunkt: Jeder Euro ist dort an der richtigen Stelle investiert. Denn wir haben ein Staatstheater. Wir haben keine Stadttheater. Wer einmal in einer Stadt gelebt hat, die ein Stadttheater hat, weiß, wie schwer es ist, ein Stadttheater aus städtischem Haushalt zu finanzieren. Aber wir haben ein Staatstheater. Das ist ein Aushängeschild für unsere Stadt und wird auch – wie Kollege Dr. Käuflein gesagt hat – anteilig vom Land bezuschusst.

Die Sorgen und Ängste, die Kollegin Dr. Leidig hat, dass das große Staatstheater die kleinen Institutionen auffrisst, teile ich nicht. Denn eine Stadt wie Karlsruhe muss sich beides leisten können. Wir müssen uns das große Staatstheater leisten können. Wir können es uns auch leisten. Die kleinen Institutionen – das werden die nachfolgenden Anträge und Redebeiträge mit Sicherheit beweisen – können wir uns auch erlauben.

Zum Staatstheater und zum Controlling: Seit 1. September ist – Kollege Dr. Käuflein hat es schon vorweg genommen – die Umstellung des Rechnungswesens erfolgt. Die Umstellung in einen Landesbetrieb ist erfolgt. Die Einführung des Controllings ermöglicht uns mehr Transparenz, bessere Planung und auch Steuerung. Es wird ein betriebswirtschaftliches Konzept erstellt. Die regelmäßige Kontrolle durch den Verwaltungsrat ist auch gegeben. Deshalb: Ein halbes Jahr nach Einführung des Rechnungswesens und nach fast einem Jahr Umstellung des Landesbetriebs ist es meiner Meinung nach zu früh, diese Kritikpunkte anzubringen. Wir müssen abwarten. Wir werden auch mit Sicherheit hinterfragen. Diese Umstellung ist nicht nur aus Jux und Tollerei erfolgt, sondern sie hat einen ernsthaften Hintergrund. Denn diese Bedenken und Fragen stellen sich uns schon seit Jahren.

Was das künstlerische Konzept des Staatstheaters anbelangt: Absolut d'accord mit dem Kollegen Dr. Käuflein. Die künstlerische Freiheit ist dem Staatstheater zuzusprechen. Da möchte ich mich als politisch Verantwortlicher nicht einmischen wollen. Herr Kollege Kalmbach, Sie sagen, viele Zuschüsse werden stillschweigend hingenommen. Da muss ich Ihnen widersprechen. Viele Dinge haben wir im Kulturausschuss besprochen, haben wir auch befürwortet. Nichtsdestotrotz, das eine oder andere Projekt – das muss ich kritisch anmerken – ist auch mir oftmals dann neu präsentiert worden. Da war ich außen vor wie manch ein Kollege. Wir haben uns auch ausgetauscht. Das müssen wir kritisch hinterfragen. Da müssen wir tatsächlich wachsam bleiben. Aber der Großteil der

Dinge, die Sie angesprochen haben, haben wir im Kulturausschuss – da ist auch jedes Mal die Intendanz dabei – vorgestellt bekommen und auch abgenickt.

Alles in allem – ich fasse zusammen: Meine Fraktion lehnt die Anträge ab. Wir stehen voll und ganz hinter dem Staatstheater, aber auch in Zukunft wachsam und kritisch begleitend.

Stadtrat Høyem (FDP): Als ich neu war hier in Karlsruhe, habe ich nicht verstanden, was Staatstheater bedeutet. Denn alle anderen Städte haben ein Stadttheater. Jetzt habe ich das verstanden. Ich bin sehr stolz, dass ich in einer Stadt lebe, die ein Staatstheater mit all diesen Möglichkeiten hat. Ich finde auch, die zukünftige Entwicklung mit dem Neubau und der sonstigen ganzen Entwicklung ist faszinierend. Ich freue mich darauf, das zu verfolgen. Selbstverständlich müssen wir kritisch sein, das sind wir auch. Aber wir können völlig dem folgen, was die Verwaltung uns jetzt erläutert hat.

Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke): Wer die Gehälter von Schauspielerinnen und Schauspielern kennt, kann keine Kürzung verlangen. Viele Arbeitsverhältnisse sind auch befristet. Das Staatstheater versucht neue Formate, um auch das Durchschnittsalter unter 60 Jahre zu bekommen. Das finde ich richtig. Ich finde es nämlich auch falsch, dass es noch eine Teilung der Bevölkerung gibt, die einen gehen zum Staatstheater, die anderen gehen ins KSC-Stadion. Nein, ich will, dass Menschen beides können und in allen Altersstufen. Dazu ist es richtig, dass entsprechend Bemühungen gemacht werden. Wir brauchen große und kleine Häuser und sollten die auch nicht gegeneinander ausspielen.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Ich muss jetzt doch noch einmal darauf eingehen, weil Herr Dr. Käuflein etwas angesprochen hat, auf das ich antworten muss.

Zunächst unterstelle ich jedem hier im Raum, dass er für das Staatstheater brennt. Davon gehe ich einfach einmal aus, zumindest die, die ins Staatstheater gehen. Zweiter Punkt: Es muss aber jedem Stadtrat bewusst sein – nicht nur erlaubt -, dass eine Verteuerung um 1 Mio. Euro pro Jahr keine Sache ist, die wir einfach so in dieser Situation abnicken können. Insbesondere wenn man es vergleicht mit den anderen Kultureinrichtungen, von denen kaum eine mehr Geld bekommt.

Nur darum geht es. Es ist klar, unser Antrag ist erledigt. Aber nicht wegen der Umwandlung im Betriebskonzept. Denn eine Änderung des Betriebskonzepts heißt noch lange nicht Änderung in der Ausgabenstruktur, sondern weil die Verwaltung zusagt, wir achten jetzt darauf. Achten darauf heißt z. B., dass zukünftig nicht nur das Land im Landtag die Summen vorgelegt bekommt, die geplant sind in den nächsten drei Jahren – es geht immer um zwei, drei Jahre voraus -, sondern dass zukünftig auch der Gemeinderat und der Verwaltungsrat frühzeitig informiert werden. Aus dem Grund hatten wir auch den Antrag gestellt, der sich deshalb erledigt hat, weil Sie, Herr Oberbürgermeister, mit Ihrer Verwaltung zugesagt haben, das so zu machen.

Stadtrat Kalmbach (GfK): Ich möchte nur noch einmal klarstellen, Herr Fostiropoulos, die 1 Mio. Euro Kürzung bedeutet nicht eine Kürzung von Gehältern. Ich kenne das Gehaltsgefüge im Staatstheater durchaus.

Es ist richtig, das stimme ich Ihnen zu, Herr Dr. Fischer, es braucht ein Feuer, es braucht eine Begeisterung. Die Begeisterung habe ich erst gewonnen, seit ich kritisch mit dem Staatstheater umgehe. Vorher hat es mich gar nicht interessiert. Aber mittlerweile gehe ich damit um, weil es gesund sein muss. Es darf nicht mehr wachsen in den Ausgaben als andere Bereiche auch. Deswegen bin ich da auch hartnäckig. Ich glaube eher, dass es zur Gesundung beiträgt, als zur Schwächung und Schädigung. Deswegen: Diese 1 Mio. Euro bringt das Staatstheater nicht um.

Der Vorsitzende: Das waren jetzt alle Wortbeiträge. Ich glaube nicht, dass dann an den Gehältern gespart wird. Aber es werden Arbeitsplätze abgebaut, Herr Kalmbach. Denn anders kann das Theater auf eine Kürzung von 1 Mio. € gar nicht reagieren. Wer der Meinung ist, ich mache dann drei Vorstellungen weniger und spare dadurch etwas ein, der übersieht, dass nicht die einzelne Vorstellung Kosten verursacht, sondern die Menschen, die dahinter stehen und die natürlich auch dort beschäftigt sind.

Die Diskussion war jetzt so differenziert, dass ich gar nicht groß etwas dazu sagen will. Ich nehme nur alle Wünsche auf, die durchaus vielfältig sind und habe verstanden, dass von Seiten der KULT-Fraktion der Antrag jetzt als **erledigt** betrachtet wird, weil wir in Ihrem Sinne – so haben Sie es wahrgenommen – weiter mit Ihnen in der Diskussion bleiben.

Ich möchte insgesamt appellieren, dass kritische Themen wirklich über den Verwaltungsrat dort auf die Tagesordnung kommen und auch dort besprochen werden. Für die, die nicht im Verwaltungsrat sind, müssen wir einen Weg finden, wie wir das so transparent machen, dass Sie am Ende auch wissen, über was Sie hier entscheiden. Ich würde auch gerne den Punkt aufnehmen: Wenn es zusätzliche Programme oder Projekte gibt, die uns noch eine Zusatzfinanzierung abverlangen, finde ich durchaus auch den Anspruch berechtigt, dass man das im Kulturausschuss reflektiert. Das ist nicht das Kerngeschäft des Staatstheaters, sondern das ist jetzt beispielsweise dieses Premiere-Konzept. Wenn das zusätzliche Mittel verursacht, dann finde ich es auch berechtigt zu sagen, da müssen wir wissen, ob wir das richtig finden oder nicht. Das ist aus meiner Sicht auch kein Eingriff in die Kulturautonomie. Die darf sich im Rahmen der Generalbesuchung abspielen. Das ist auch unsere übereinstimmende Meinung.

Jetzt kommen wir zu den zwei noch verbleibenden Anträgen. Da ist zunächst einmal der weitergehende die Kürzung um jeweils 1 Mio. Euro.

(**Stadtrat Kalmbach/GfK:** Ich verzichte auf eine Abstimmung. Ich weiß, dass nicht viel dabei heraus kommt. Ich wollte nur das entsprechende Thema bewusst machen.)

- Sie **verzichten** auf Abstimmung.

Dann haben wir nur noch den Antrag der Grünen, eine Kürzung um jeweils 150.000 Euro für die jeweiligen Jahre. Ich bitte um das Kartenzeichen. Wir haben 4 Enthaltungen, 13 Ja-Stimmen. Der Rest ist die Mehrheit, damit ist der Antrag **abgelehnt**.

(...)